

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.12.2023

Inhalt

EWN

1 Greifswald: Neuer Hype um Kernfusion <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 01.12.2023</i>	3
2 Lubmin soll Wasserstoff-Zentrum werden <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 01.12.2023</i>	5
3 Nordländer pochen auf Bundesförderung für Klimaprojekte <i>nordkurier.de, 30.11.2023</i>	6
4 Setzt Belgien weiter auf Kernkraft? Laufzeitverlängerung für bestimmte Meiler im Gespräch <i>vrt.be, 30.11.2023</i>	8
5 Gegner von Schacht Konrad pochen auf Endlager-Entscheidung <i>sat1regional.de, 01.12.2023</i>	9
6 „127 Castorbehälter in Gundremmingen“ <i>Donau Zeitung, 01.12.2023</i>	10
7 Wegen Kritik: Wohl neue Transportstudie zum geplanten Atommüllager in Beverungen-Würgassen <i>augsburger-allgemeine.de, 01.12.2023</i>	12
8 Schulwettbewerb zum Thema „Das strahlt ja ewig“ <i>Peiner Allgemeine Zeitung, 01.12.2023</i>	14

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 01.12.2023 | S. 20

📄 Auflage: 8.770 | Reichweite: 32.295

👤 Christopher Hirsch

FORSCHUNG VERZEICHNET MEILENSTEINE

Greifswald: Neuer Hype um Kernfusion

Experten meinen, dass die Energiequelle erst in ein paar Jahren allgemein verfügbar sei / Aber: Wissenschaft verzeichnet Erfolgsmeldungen

Mit Lasern eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle anzapfen - das klingt nach Science-Fiction. Vor gut einem Jahr schaffte es diese Verheißung weltweit in die Schlagzeilen. US-Forscher hatten am 5. Dezember 2022 Atomkerne verschmolzen und dabei mehr Energie erzeugt als sie per Laser direkt hineingesteckt hatten. „Eine der beeindruckendsten wissenschaftlichen Leistungen des 21. Jahrhunderts“, nannte das US-Energieministerin Jennifer Granholm.

Plötzlich redeten Politiker auch in Deutschland vermehrt über Kernfusion. Bundesforschungsministerium Bettina Stark-Watzinger (FDP) kündigte zuletzt Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro für die kommenden fünf Jahre an. Das Thema ist in Mode.

„Das kann ich bestätigen“, sagt Thomas Klinger, Leiter des Fusionsexperiments Wendelstein 7-X bei Greifswald, der Deutschen Presse-Agentur. „In der Fusionsforschung hat es schon sehr signifikante Fortschritte gegeben, die die breite Öffentlichkeit ermutigen, dass das doch kein Luftschloss ist, an dem ewig herumgebastelt wird.“

Auch Wendelstein 7-X konnte Anfang des Jahres einen Meilenstein verbuchen. Es gelang, ein Plasma - eine Art vierter für die Kernfusion benötigter Aggregatzustand - sehr heiß und lange aufrechtzuerhalten.

Bei der Kernfusion werden Atomkerne bei extremen Temperaturen verschmolzen - leichte Atomkerne fusionieren zu schweren, ein Teil ihrer Masse wandelt sich in Energie und wird freigesetzt. Das passiert auch in Sternen und damit auch in der Sonne. Wissenschaftler setzen dabei auf Laser, um die erforderlichen Temperaturen zu erreichen, und auf Magnete, um das Plasma zusammenzuhalten.

Theoretisch ließen sich enorme Energiemengen freisetzen - und das klimaneutral, ohne Gefahr einer Re-

aktorkatastrophe wie bei der Kernspaltung und ohne langlebige und hoch radioaktive Abfälle. Bislang ist das Zukunftsmusik, trotz jahrzehntelanger Forschung.

„Einen Stern auf der Erde künstlich zu erzeugen, am Leben zu erhalten und zu melken“, sei das Komplizierteste, das Menschen jemals versucht hätten, sagt Markus Roth von der Technischen Universität Darmstadt. „Wäre es Raketenwissenschaft, hätten wir es in den 60ern bereits hinter uns gebracht.“

Bei dem Experiment in den USA war wie in der Forschung üblich nur die Energiebilanz des Plasmas selbst berücksichtigt worden - nicht aber die Gesamtbilanz. Für eine künftige Stromerzeugung ist entscheidend, dass diese positiv ist, was sie weiterhin bisher noch längst nicht ist.

Den damaligen Angaben zufolge benötigte die Anlage etwa 300 Megajoule Energie, um zwei Megajoule Laserenergie zu liefern, die drei Megajoule Fusionsausbeute erzeugten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die erzeugte Energie thermisch anfällt, bei der Übertragung in elektrische Energie kommt es in der Regel zu großen Verlusten.

Das von Roth mitgegründete deutsch-amerikanische Start-up Focused Energy will Laserfusion nutzbar machen. Beteiligt seien mehrere Forscher, die am Durchbruch vor einem Jahr in den USA mitgewirkt hätten. Man sei bereits ins Weiße Haus eingeladen worden und Teil eines US-Förderprogramms. Laut Roth belebt eine wachsende Anzahl von Start-ups die Entwicklung. Die Firmen hätten teilweise schon private Investitionen im Milliardenbereich eingeworben.

Die Unternehmensberatung Strategy& hatte im September davor gewarnt, dass Deutschland trotz Spitzenforschung wegen geringerer Investitionen als im Ausland ins Hintertreffen geraten könnte. Aber Geld

allein nützt auch nichts, sagt Klinger. Benötigt werde ein entsprechendes Umfeld, zu dem auch die Industrie gehöre. „Es gibt in dem Sinne keine Fusionsindustrie. Die beginnt, sich so langsam zu formieren.“ Dafür müssten auch tatsächlich Prototypen entwickelt und Anlagen gebaut werden. Dieser Sparring-Effekt sei wichtig.

Das Unternehmen Gauss Fusion ist nach eigenen Angaben das einzige der rund 40 existierenden und vor allem aus den USA stammenden Kernfusionsunternehmen, das aus der Industrie und nicht aus der Forschung kommt. Fusion ans Netz zu bringen, sei kein physikalisches Problem mehr, sondern ein ingenieurtechnisches, sagt die Geschäftsführerin Milena Roveda. Ihr Ziel: bis Anfang der 2040er Jahre in Europa ein Kraftwerk zu bauen. Kostenpunkt: 20 Milliarden. Danach würden die Kosten sinken. Das Geld soll von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Geldgebern kommen.

„Andere Technologien sind billiger und schneller als Kernfusion“, kritisiert Claudia Kemfert, Energieexpertin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Bei den Verheißungen der Kernfusion sei „mehr Wunsch als Wirklichkeit im Spiel“. Sie spricht von aktuellen Mini-Erfolgen. Bis die Kernfusion reif sei, könnten erneuerbare Energien Vollversorgung ermöglichen.

Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace, hält den „neuen Hype“ um die Kernfusion ebenfalls für sehr problematisch. „Er führt dazu, dass massiv Geld in eine Technologie gesteckt wird, die der Gesellschaft wenig Nutzen bringen wird.“ Die von der Bundesregierung versprochene Milliarde solle neben der Förde-

rung erneuerbarer Energien lieber in die Digitalisierung von Energienetzen und Speicherung investiert werden.

Klinger erkennt an, dass Fusionsenergie eher in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts eine Rolle spielen werde. „Ich finde das auch ehrlich gesagt nicht schlimm.“ Es sei Wunschdenken, dass nach 2050 goldene Zeiten in Sachen Energie anbrechen. Es gebe unterversorgte Weltregionen, und die Entfernung von Treibhausgasen aus der Atmosphäre werde viel Energie brauchen. Für Roth geht es auch um Energieunabhängigkeit: Auch bei der Versorgung mit Solarenergie oder Wasserstoff sei man künftig von anderen Weltregionen abhängig. Kernfusion könne Abhilfe schaffen.

Ab Mitte des Jahrhunderts könnte ein erstes Fusionskraftwerk stehen, glaubt Klinger. „Das halte ich durchaus für machbar, ohne dass man da auf zu wackeligen Füßen steht.“ Wenn man direkt loslege, sei es unter Umständen auch in 20 Jahren schaffbar - mit etwas mehr Risiko, weil dann weniger technische Fragen im Vorfeld geklärt wären. „Es bleibt schwierig. Wir sind immer an der Grenze des technisch Machbaren.“ Aber generell ist Klinger optimistisch. „Jetzt nicht hemmungslos optimistisch, aber optimistisch. Das müsste klappen. Das ist das Beste, was ein Wissenschaftler sagen kann.“

Zitat-Text:

Das müsste klappen. *Thomas Klinger, Leiter des Fusionsexperiments Wendelstein 7-X*

Lubmin soll Wasserstoff-Zentrum werden

Einst kam der Strom aus Kernkraft. Dann strömte viel russisches Erdgas und Strom von Offshore-Windparks. In Zukunft soll Wasserstoff in Lubmin eine große Rolle spielen. Dazu gibt es nun neue Pläne.

Lubmin. Das vorpommersche Lubmin entwickelt sich zumindest nach den Planungen zunehmend zu einem Zentrum der Wasserstoffproduktion. Auch das Unternehmen Lhyfe will dort eine entsprechende Anlage errichten. Sie solle Anfang 2029 mit einer Leistung von 800 Megawatt in Betrieb gehen und bis zu 330 Tonnen klimaneutralen Wasserstoff täglich herstellen, teilte die europäische Firma mit Hauptsitz in Frankreich gestern mit.

Die Anlage soll auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes in Lubmin gebaut werden. Das Grundstück sei bereits gekauft. Strom soll sie von Offshore-Windparks erhalten. Der Wasserstoff soll in das geplante deutsche Wasserstoff-Kernnetz eingespeist werden.

CO₂-neutral hergestellter Wasserstoff etwa auf Basis von Strom aus Windkraft gilt als wichtiger Energiespeicher für eine klimaneutrale Zukunft. Bei seiner Verbrennung mit Sauerstoff entsteht schlicht Wasser und kein klimaschädliches Treibhausgas. Die Produktion ist allerdings energieintensiv.

In Lubmin befindet sich ein Umspannwerk, das Strom von Offshore-Windparks in der Ostsee bezieht. Außerdem treffen sich in Lubmin, wo ehemals große Mengen Erdgas über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 aus Russland anlandeten, mehrere Gas-Pipelines,

die teilweise für den Wasserstofftransport umgerüstet werden sollen.

Zuvor hatten bereits andere Unternehmen Pläne für die Produktion von Wasserstoff in Lubmin vorgestellt. Apex aus Laage bei Rostock will nach früheren Angaben bis zu 600 Megawatt Elektrolyseleistung installieren. Die Fertigstellung der ersten Ausbaustufe sei für 2027 geplant.

9700 Kilometer langes Kernnetz geplant

Die Deutsche Regas will 2026 zunächst mit 200 Megawatt an den Start gehen und später um weitere 300 Megawatt erhöhen. Die Firma betreibt aktuell in Lubmin ein Importterminal für Flüssigerdgas (LNG). Noch davor, bis Mitte 2025, will das Unternehmen HH2E mit 100 Megawatt in Lubmin starten und später möglicherweise auf über ein Gigawatt aufstocken.

„Lubmin erfüllt alle Voraussetzungen, um sich dauerhaft als nachhaltiges Zentrum für grünen Wasserstoff zu etablieren“, lobte Luc Graré von Lhyfe.

In Deutschland soll für knapp 20 Milliarden ein 9700-Kilometer langes Kernnetz für den Wasserstofftransport entstehen. Ein Großteil soll durch die Umrüstung bestehender Gasleitungen realisiert werden. Lhyfe will eigenen Angaben zufolge weitere Produktionsstandorte in der Nähe dieses Kernnetzes errichten.

ENERGIE

Nordländer pochen auf Bundesförderung für Klimaprojekte

Hamburg

Die Haushaltskrise stellt viele Projekte zur Energiewende in Frage. Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften fordern die nördliche Bundesländer, gemachte Finanzausagen einzuhalten. Bei einer wichtigen Frage werden Differenzen deutlich.

Angesichts der aktuellen Haushaltskrise haben die fünf nördlichen Bundesländer den Bund zur Einhaltung von Förderzusagen für die Energiewende aufgefordert. Gemeinsam mit den Spitzen von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften beschlossen die Regierungschefs am Donnerstag in Hamburg ein Positionspapier zur Stärkung der Industrie und Beschleunigung der Energiewende. „Das Strompreispaket der Bundesregierung und die Zusagen des Bundes zur Förderung von Innovationsprojekten müssen umgesetzt werden“, sagte Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) nach dem Energiekonvent der Konferenz Norddeutschland auf dem Gelände des Kupferherstellers Aurubis.

Der Norden sei für eine erfolgreiche Energiewende besonders gut aufgestellt, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). „Aber damit wir gleichzeitig ein wichtiger Standort der Grundlagenindustrie bleiben, ist ein Brückenstrompreis für energieintensive Unternehmen unverzichtbar.“

Schleswig-Holstein halte an seinem Ziel fest, bis 2040 klimaneutral zu werden, sagte der Leiter der Kieler Staatskanzlei, Dirk Schrödter (CDU). Jetzt sei der Bund gefordert. „Die bisherigen Ziele sind ambitioniert, aber notwendig, damit Deutschland weiterhin wettbewerbsfähig bleibt.“ Der Chef der Schweriner Staatskanzlei, Patrick Dahlemann (SPD), betonte: „Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommern ist es besonders wichtig, dass es beim Aufbau eines nationalen Wasserstoffnetzes auch eine West-Ost-Anbindung gibt, die unser Land mit seinen Häfen an der Ostseeküste mit den anderen Nordländern verbindet.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte der Bundesregierung am 15. November verboten, ursprünglich für Corona-Maßnahmen vorgesehene Kredite von rund

60 Milliarden Euro für den Klimaschutz umzuwidmen. Dadurch sind zahlreicher Projekte aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes in Frage gestellt. Tschentscher räumte ein, dass es eine ziemliche Aufgabe sei, die Vorgaben des Gerichts in ein finanzpolitisches Konzept umzusetzen. Aber gemachte Zusagen müssten eingehalten werden.

Es gehe um Hunderte Millionen, insgesamt sogar Milliarden von Euro, sagte Tschentscher. Er verneinte aber, dass die Nordländer Maximalforderungen stellten: „Maximalforderungen wären nochmal zehn Milliarden für wichtigste Infrastrukturinvestitionen.“ Der Energiekonvent habe eher zu einer Minimalposition gefunden. „Die Dinge, die schon geplant, beschlossen und zugesagt sind, die dürfen jetzt nicht abgesagt werden“, sagte der Hamburger Bürgermeister.

Der Präses der Industrie- und Handelskammer Hamburg, Norbert Aust, und die Vorsitzende des DGB Nord, Laura Pooth, hoben hervor, dass Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften einen Schulterchluss gefunden hätten. Zugleich wurden unterschiedliche Ansichten deutlich. Pooth forderte die Aussetzung der Schuldenbremse im Bund in diesem und im nächsten Jahr. Es müsse ein Sondervermögen wie für die Bundeswehr geben. Die Schuldenbremse sei eine Innovations- und Zukunftsbremse.

Aust bezeichnete solche Forderungen als völlig falsches Signal. Es gebe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Finanzpolitische Stabilität sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliches Gedeihen. Auch Tschentscher lehnte eine Aussetzung der Schuldenbremse im Prinzip ab. Zwar sei die Lage für mehrere Länder und den Bund schwierig, aber Notfallentscheidungen stellten die Schuldenbremse an sich nicht in Frage.

Bei der klimafreundlichen Transformation der Industrie in Norddeutschland sei schon viel erreicht. Schon heute produzierten die energieintensiven Unternehmen mit einem nur halb so großen CO₂-Ausstoß wie im weltweiten Durchschnitt. Bei Aurubis sei eine Tonne Kupfer mithilfe von Wasserstoff hergestellt worden.

Aurubis-Vorstandschef Roland Harings sagte, das Unternehmen könne Wasserstoff sowohl in der Kupferherstellung als Prozessgas als auch zur Wärmeerzeugung beim Schmelzen und Verarbeiten von Kupfer einsetzen.

Vor gut einem Jahr hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei Aurubis eine erste Testlie-

ferung von sogenanntem blauen Wasserstoff aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in Empfang genommen. Im März 2022 hatte Habeck den Aufbau einer Wasserstoffwertschöpfungskette zwischen Deutschland und den VAE vereinbart. Blauer Wasserstoff wird mithilfe von Erdgas produziert.

Im Mai oder Juni nächsten Jahres wolle das Unternehmen zwei Anodenöfen in Betrieb nehmen, die auch mit Wasserstoff betrieben werden könnten. Allerdings sei der Alternativbrennstoff nicht wettbewerbsfähig, sagte Harings. Wasserstoff sei allerdings drei- bis viermal teurer als Erdgas. Eine Erhöhung des CO₂-Preises werde daran nichts ändern, denn der gelte nur in der EU.

 vrt.be | 30.11.2023 Andreas Kockartz WEBLINK

Setzt Belgien weiter auf Kernkraft? Laufzeitverlängerung für bestimmte Meiler im Gespräch

Belgiens Premierminister Alexander De Croo (Open VLD) möchte eine Laufzeitverlängerung für die beiden Meiler Doel 4 und Tihange 3 ins Gespräch bringen. Bisher wurde vereinbart, dass diese Meiler in den AKW in Doel bei Antwerpen und in Tihange bei Huy in der Provinz Lüttich 10 Jahre länger am Netz bleiben sollen. Doch De Croo will diese Reaktoren 20 Jahre länger am Netz belassen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste Energiekrise hat in Belgien den Ausstieg aus dem Atomausstieg ermöglicht, damit in unserem Land langfristig für Energiesicherheit gesorgt werden kann. Dass man im Zuge des Atomausstiegs übergangsweise daran gedacht hat, befristet wieder auf Gaskraftwerke zu setzen, erwies sich angesichts des Ukrainekrieges als problematisch.

Als die Russen Europa den Gashahn zudrehten, kam die Kernkraft wieder ins Spiel und sogar die Grünen in Belgien konnten nicht umhin, einer wiederum befristeten Verlängerung der Atomkraft zuzustimmen.

Doch Premier De Croo ist der Ansicht, dass eine Laufzeitverlängerung um 10 Jahre für die Meiler Doel 4 und Tihange 3 nicht reichen wird, um in Belgien die Energiewende weg von Atomkraft und fossilen Energiequellen zu vollziehen. Deshalb plädierte der flämische

Liberaler vor Unternehmen beim „European Business Summit“ in Brüssel und gegenüber der flämischen Tageszeitung De Standaard dafür, diese beiden Meiler 20 Jahre länger am Netz zu lassen.

Doch damit nicht genug. De Croo kann sich sogar vorstellen, die Meiler Tihange 1 länger zu nutzen. Allerdings gab er auch zu verstehen, dass dies Sache der neuen Bundesregierung sei, denn in Belgien wird im kommenden Jahr ein neues Parlament gewählt und damit auch eine neue Regierung.

Inzwischen stehen die Verhandlungen zum Weiterbetrieb von Doel 4 und Tihange 3 mit Kraftwerksbetreiber vor dem Abschluss. Die 4 weiteren Meiler in den beiden belgischen AKW sollen aber wie geplant abgeschaltet werden oder bleiben, denn, so De Croo, es sei aus sicherheitstechnischen Gründen nicht mehr vertretbar, diese Reaktoren weiter zu nutzen.



sat1regional.de | 01.12.2023 | Reichweite: 80.000

WEBLINK

Gegner von Schacht Konrad pochen auf Endlager-Entscheidung

Salzgitter (dpa/lni) – Gegner des Endlagers Schacht Konrad wollen am Freitag an der Anlage in Salzgitter an die ausstehende Entscheidung zu einem Baustopp erinnern. Als Redner soll unter anderem Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) auftreten, teilte das Bündnis vorab mit. Anschließend wollen die Kritiker mit Fackeln und Laternen zum sogenannten Konradhaus im wenige hundert Meter entfernten Stadtteil Bleckenstedt ziehen.

Die Botschaft des Abends richtet sich an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne). Dieser hatte im April zugesagt, möglichst noch in diesem Jahr über den Antrag auf Widerruf beziehungsweise Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses zu entscheiden. An diese Ankündigung solle Meyer von möglichst vielen Menschen erinnert werden, sagte Ludwig Wasmus vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad vorab.

Schacht Konrad ist ein stillgelegtes Eisenerz-Bergwerk, in das bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden sollen. Es ist das bundesweit erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für diese Abfälle. Zuständig als Betreiber ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz im benachbarten Peine.

In diesem Jahr hatte die BGE zunächst über einen zeit-

lichen Verzug für die Fertigstellung von etwa zwei Jahren informiert. Erst vor wenigen Tagen folgte dann die Meldung, dass die geschätzten Kosten von rund 4,6 Milliarden auf etwa 5,5 Milliarden Euro steigen dürften. Die Kritiker sehen sich durch die «Kostenexplosion» bestätigt, eine neue Standortsuche sei überfällig, meinen sie.

Das Bündnis, zu dem unter anderen die Naturschutzorganisationen Nabu und BUND, die Stadt Salzgitter, die Gewerkschaft IG Metall und das Landvolk gehören, moniert, dass das geplante Endlager nicht den heutigen Anforderungen von Wissenschaft und Technik entspreche. Wichtige Aspekte wie Rückholbarkeit und Langzeitsicherheit seien nicht gegeben beziehungsweise gar nicht erst beachtet worden.

Das Umweltministerium in Hannover hatte im Jahr 2002 die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb erteilt. Seit 2007 wird Schacht Konrad zum Endlager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung umgerüstet. Der Entwurf für eine Entscheidung über den gestellten Antrag werde derzeit final bearbeitet, teilte das Ministerium mit Blick auf die Aktion an diesem Freitag mit. «Wie von Minister Meyer zugesagt, gehen wir aktuell davon aus, dass noch dieses Jahr eine Entscheidung über den Antrag fallen wird», sagte ein Sprecher der dpa.

📰 Donau Zeitung | 01.12.2023 | S. 21

📄 Auflage: 12.109 | Reichweite: 22.075

👤 Günter Stauch

„127 Castorbehälter in Gundremmingen“

In jedem stecke so viel Strahlung, wie bei der Katastrophe in Tschernobyl freigesetzt wurde, mahnt das Forum bei einem Treffen in Dillingen. Expertin rechnet mit Endlager erst im kommenden Jahrhundert.

Dillingen. Die von Experten als höchst problematisch eingestufte Aufbewahrung von Atommüll bei den deutschen Kernkraftwerken wird die Gesellschaft noch über viele Jahrzehnte beschäftigen. Betroffen sind deutschlandweit 17 Zwischenlager-Standorte, darunter Gundremmingen im Landkreis Günzburg. Darauf haben jetzt mehrere Redner bei der Jahreshauptversammlung vom „Forum – gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik“ in Dillingen hingewiesen.

Der langjährige Vorsitzende Raimund Kamm bezeichnete in der Osteria zur goldenen Traube die Zusammenkunft sogar als historisch, zumal es der erste Sitzungstermin ohne laufende Reaktoren in Deutschland sei. Einerseits zur Freude der rund zwei Dutzend angereisten Mitglieder, deren Stimmung allerdings durch nachlassendes Interesse bei der Bevölkerung etwas getrübt wurde. Auf große Aufmerksamkeit im Saal stieß der sehr detaillierte Fachvortrag der Doktorandin Elisa Akansu, die bei den Neuwahlen in den erweiterten Vorstand entsandt wurde.

Ganze drei Stunden beschäftigte sich die generationenübergreifende Versammlung mit dem Atomthema, allerdings bei einem deutlichen Fokus auf die Lagerung und Beseitigung der immer noch aktiven Brennstoffe. Diese 180 Sitzungsminuten fallen jedoch um Dimensionen kürzer aus als die Phase des Abbaus hoch radioaktiver Stoffe, die laut Branchenkennern sogar in die Million Jahre gehen dürfte. Die gewaltigen Herausforderungen von Zwischen- und Endlagerung der Atomreste versuchte die studierte Physikerin Elisa Akansu dennoch in einen überschaubaren Rahmen zu fassen. So schilderte die Expertin, die dem renommierten Planungsteam Forum Endlager-suche angehört, den immensen Aufwand, den viele Fach-Institutionen seit Jahren betreiben und noch vor sich haben werden. Im Mittelpunkt stand zwar die intensive Suche nach einem Bergwerk-Standort, für den mehr als die Hälfte des deutschen Gebiets als geeig-

net gilt. Im Laufe der hitzig geführten Diskussionen an diesem Abend richtete sich die Aufmerksamkeit allerdings mehr und mehr auf das Zwischenlager ganz in der Nähe des Veranstaltungsortes. „In Gundremmingen stehen 127 Castorbehälter und in jedem steckt so viel Strahlung, wie bei der Katastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde“, teilte der gegen die Atom-befürworter gewohnt angriffslustige Raimund Kamm dem staunenden Publikum mit. Diese Gefahr sei vielen Menschen nicht bewusst. Was auch die junge Referentin bedauerte, die mit einer erfolgreichen Ablage von Brennstoffen in einem Endlager tief unter der Erde erst im kommenden Jahrhundert rechnet. „Ich weiß, dass ich da ein undankbares Thema anschneide, aber alles wird trotz der Bemühungen der Beteiligten viel, viel länger dauern als bislang angegeben“, beteuerte die Fachfrau, die in Leipzig arbeitet und bei bundesweiten Expertentagungen als kompetente Gesprächspartnerin gilt. Während in Finnland bereits eine Lagerstätte vorhanden sei, werde in Deutschland mit einer Standortfindung den Jahren 2046 und 2068 gerechnet.

Solche Zeitschienen dürften laut Akansu auch den Menschen an den bisherigen Atomstandorten zu denken geben. „Auf sie kommt da etwas ganz Großes zu“, kündigte sie an und wies darauf hin, dass dort die Bürger bereits unbequeme Fragen in den Rathäusern stellen würden. Die Rede sei schon von Kompensationsforderungen seitens der Kommunen, die ihre Zwischenlager gern loswürden. Was einen Gast so erzürnte, dass er wütend schimpfte: „Die Bürgermeister waren lange genug die Atom-Propagandisten, und jetzt wollen sie auch noch Geld.“ Aufgeregt widmeten sich die Forumsmitglieder auch der Frage nach der Sicherheit des lokalen Zwischenlagers und seiner 55 Zentimeter Deckenstärke. „Da haben panzer- und bunkerbrechende Waffen leichtes Spiel“, wandte jemand ein. „Wir müssen die Menschen für solche Themen stärker sensibilisieren“, forderte ein anderer. „Nicht ganz einfach, wenn der Zeitgeist gerade in eine andere Richtung weht“, gab der erfahrene Politiker, Ökonom und

Pädagoge Raimund Kamm zu bedenken. Ihm als Vorsitzendem zur Seite stehen künftig Ulrike Brenner, Elisa Akansu sowie Johanna und Valentin Kamm.

Augsburger Allgemeine

📄 augsburger-allgemeine.de | 01.12.2023

🔗 WEBLINK

Wegen Kritik: Wohl neue Transportstudie zum geplanten Atommülllager in Beverungen-Würgassen

Die BI Atomfreies-3-Ländereck berichtet, eine neue Machbarkeitsstudie mit Schwerpunkt Logistik zum geplanten Atommülllager in Würgassen sei ausgeschrieben. Den Gegnern sind dabei einige Dinge aufgefallen.

Beverungen-Würgassen. Aufgrund der massiven Kritik am geplanten Logistikzentrum Konrad (LoK) in Würgassen, veröffentlichte die Entsorgungskommission (ESK) im August eine Stellungnahme. Dabei relativierte sie ihre selbst aufgestellten Sicherheitskriterien für ein derartiges Bauvorhaben in diversen Punkten, so dass an der Standortentscheidung der BGZ für Würgassen weiterhin festgehalten werden konnte.

Bezüglich der Transportlogistik hielt es die ESK jedoch für erforderlich, die im Gutachten der Regio-Consult bemängelten Punkte einer Prüfung zu unterziehen, wie die Bürgerinitiative Atomfreies-3-Ländereck rekapituliert.

Dieses Gutachten war seinerzeit von der BI mit Unterstützung einzelner Kommunen und Landkreise beauftragt worden. „Es sollte aber zeitnah geklärt werden, welcher Aufwand für eine robuste Transportinfrastruktur gegebenenfalls noch erforderlich ist“, lautete der Hinweis der ESK.

BGZ suche vermeintlich einfachste Lösung

Laut der Internetplattform „Ausschreibungen Deutschland“ schrieb korrespondierend zu dieser Empfehlung die BGZ eine „Machbarkeitsstudie & Transportkonzept Straße/Schiene für die Anlieferung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen von den Zwischenlagern der BGZ zum Endlager Konrad bzw. zum Logistikzentrum Konrad“ öffentlich aus.

Den Zuschlag erhielt die „Railistics GmbH“ aus Wiesbaden, so die BI: „Dass die BGZ eine derartige Studie nicht bereits vor der Festlegung des Standortes Würgassen für das LoK als Teil des Auswahlverfahrens integriert hat, zeigt einmal mehr, dass es der BGZ nicht um eine möglichst sichere und wirtschaftliche Lösung des Problems der Atommüllentsorgung ging. Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Terminverschiebungen der geplanten Inbetriebnahme des Endlagers Konrad führen zu Lagerproblemen an den

bisherigen Zwischenlagern, so dass es der BGZ anscheinend vornehmlich um die schnellstmögliche Verfügbarkeit und die vermeintlich einfachste Lösung des Problems geht.“

Optimierung der Einlagerungsprozesse

Denn beim geplanten LoK in Würgassen handelt es laut BI nicht nur um eine Optimierung der Einlagerungsprozesse, sondern im Wesentlichen um die Bereitstellung von Zwischenlagerkapazitäten. „Dabei ist man offensichtlich zu gravierenden Kompromissen bereit, um den Standort Würgassen auf jeden Fall durchzudrücken.“ Unter diesem Aspekt sei auch die ESK-Stellungnahme einzuordnen.

„Jahrelang wurde propagiert, dass zur Realisierung eines Zweischichtbetriebs am Endlager Konrad das geplante LoK ein tägliches Volumen von zehn Zug- und 20 Lkw-Transportbewegungen zu bewältigenden hat. Von einem Tag auf den anderen wurde diese Vorgabe auf zwei bis drei Zug- sowie null bis zehn Lkw-Fahrten im Mittel reduziert.“ Dieses führe zu einer Entkräftung einiger wesentlicher Kritikpunkte innerhalb der Regio-Consult-Stellungnahme, die sich auf die ursprünglich genannte tägliche Transportbewegungen bezogen.

Wie transparent die Machbarkeitsstudie kritische Rahmenbedingungen aufbereitet werde, bleibe abzuwarten, schreibt die BI.

Sinnhaftigkeit nicht geklärt

Dazu gehöre zum Beispiel insbesondere, dass auch die Transportwege von den bisherigen Zwischenlagern zum LoK detailliert bewertet würden und nicht nur der Abtransport vom LoK zum Endlager. Wie das Anforderungskriterium einer robusten Transportinfrastruktur bei dem angekündigten Transportverhältnis von 80 Prozent Schiene zu 20 Prozent Straße bei einer Betriebszeit von 30 Jahren in der Praxis auf dem in der Region liegenden Teilstück der Transportstrecke aus-

sehen werde, sei für die Bevölkerung besonders relevant.

Die Voraussetzungen für eine gute Lösung seien im Vergleich zu geeigneteren Standorten aufgrund der bekanntlich mangelhaften Infrastruktur denkbar ungünstig. Zudem verfügten eine Vielzahl der zu leeren Zwischenlager, aus denen das LoK beliefert werden soll, nicht über einen Bahnanschluss. Der Studienauftrag der BGZ umfasse nur die Machbarkeit und die Konzepterstellung. Eine solche Studie beinhalte nicht zwangsweise auch die Beantwortung der Frage

nach der Sinnhaftigkeit.

„Dies mussten die Betroffenen auch schon bei der anstehenden technischen Ertüchtigung des Betriebsgeländes für die Hochwasserfreiheit erkennen“, so die BI. Die Einhaltung der gesetzlichen Minimalanforderungen an die Sicherheit sei scheinbar gerade gut genug für die Landbevölkerung. Ob die massiven Beeinträchtigungen während der Bauphase auch bei der Konzepterstellung von der Railistics GmbH berücksichtigt werden, sei fraglich, schließt die BI.

ENDLAGER**Schulwettbewerb zum Thema „Das strahlt ja ewig“**

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine startet einen bundesweiten Schulwettbewerb zum Thema Endlagerung unter dem Motto „Das strahlt ja ewig“. Die dauerhafte Verwahrung radioaktiver Abfälle betreffe auch junge Menschen und zukünftige Generationen, erklärte die BGE am Donnerstag in Peine. Die bundeseigene Gesellschaft ist mit der Suche nach einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle beauftragt und baut zurzeit das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter zum Endlager für schwach und mittelradioaktiven Atommüll um.

Der Wettbewerb richte sich an Schulklassen der Klas-

senstufen 9 bis 13, hieß es. Teilnehmende Schulen erhielten von der BGE kostenfreie Unterrichtsmaterialien zum Thema für je eine Unterrichtseinheit in Physik, Geografie, Gesellschaftswissenschaften und künstlerischen Fächern. Schüler könnten so ohne Vorwissen unterschiedliche Aspekte der „Generationenaufgabe“ Endlagersuche kennenlernen. Durch eine abschließende Projektaufgabe könnten sie das erworbene Wissen direkt anwenden und ihre Ergebnisse auf kreative Art und Weise dokumentieren. Eine Expertenjury werde die besten Beiträge auswählen, auf die Gewinner warteten „spannende Preise“. Weitere Infos unter www.bge.de im Internet.



Bildunterschrift: *Der Schacht Konrad soll zum Endlager werden.*